

ANTRAG 7.09

eingbracht von der Bezirksorganisation - Hietzing, der Sozialistischen Jugend Wien
und vom Verband Sozialistischer StudentInnen Wien

**Betrifft: Der jährliche Ball des Wiener Korporationsringes in der Hofburg – SPÖ
muss klar Stellung beziehen!**

Jährlich findet Ende Januar in der Wiener Hofburg – an einem der repräsentativsten Orte dieser Stadt – der Ball des Wiener Korporationsringes (WKR) statt. Der WKR ist ein freiwilliger Zusammenschluss deutschnationaler Verbindungen. Laut DÖW ist der WKR von rechtsextremen Organisationen dominiert. Immer wieder kommt es vor, dass gemäßigte Verbindungen, etwa Sängerschaften oder Corps, aus dem WKR austreten oder sich distanzieren, weil sie mit der dort vertretenen Politik nicht zurechtkommen. Der Ball des WKR wurde in den letzten Jahren zu einem zentralen Ereignis und Fixpunkt für österreichische und europäische Rechtsextreme.

Antifaschismus in Wort und Tat!

In den letzten Jahren wurden immer wieder Demonstrationen anlässlich des WKR-Balls organisiert. In diesem Jahr wurden mehrere langfristig angekündigte und weit von der Hofburg entfernt geplante Protestkundgebungen kurzfristig verboten. Gegen größtenteils friedlich verlaufende, spontane Kundgebungen wurde mit aller Härte vorgegangen. Damit die Rechtsextremen in Ruhe feiern können, wurden Straßenzüge in der gesamten Innenstadt abgeriegelt. Jeglicher antifaschistischer Protest wurde pauschal kriminalisiert und konsequent verfolgt, während militante Neonazis unbehelligt am Ring patrouillierten, um GegendemonstrantInnen einzuschüchtern.

Der Wiener Landesparteitag fordert daher

- die SPÖ Wien auf, öffentlich gegen den WKR-Ball als zentrales Ereignis der österreichischen und europäischen Rechtsextremen Stellung zu beziehen und zu friedlichen Protesten gegen den Ball und die beteiligten Organisationen aufzurufen.
- die SPÖ Wien setzt sich gegen das Verbot antifaschistischer Proteste ein. Wenn Einzelne im Rahmen von Protesten Sachbeschädigungen begehen, darf das kein Vorwand für das Verbot aller antifaschistischen Demonstrationen sein.
- SPÖ-Vertreter/innen auf Landes- und Bundesebene sollen auf die für die Vermietung der

Hofburg zuständige "Wiener Kongresszentrum Hofburg Betriebsgesellschaft mbH"
dahingehend einwirken, dass die Hofburg rechtsextremen Organisationen als Bühne
verwehrt werden soll.

Empfehlung: Annahme

